Rheingauer Bote

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag. Bezugspreis: vierteljährlich Mk. 6.—, in der Geschäftsstelle abgeholt Mk. 5.80. Durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 6.— ohne Bestellgeld.
Verantwortlicher Schriftleiter: Karl Meier

Rüdesheimer Zeitung
Amtliches Bekanntmachungsblatt

Fernsprecher 295.

Anzeigenpreis: 35 Pfg. für die einspaltige Petitzeile, für auswärtige Anzeigen 40 Pfennig, Textzeile im Reklameteil 90 Pfennig. — Bei mehrmaliger Aufnahme entsprechender Nachlaß.
Druck und Verlag:
A. Meier's Buchdruckerei, Rüdesheim a. Rh.

Nummer 132. **Freitag, den 12. November 1920.** **44. Jahrgang.**

Amtlicher Teil.

Bekanntmachungen.

Wir verweisen hiermit nochmals auf unsere Bekanntmachung vom 19. März 1920 hin, wonach das Hand- und Fußballspielen innerhalb des Ortsberings, wegen der für Vorübergehende damit verbundenen Verletzungsgefahr und wegen der Möglichkeit, daß den Einwohnern auch empfindlicher Sachschaden entstehen kann, aufs strengste untersagt ist.

Derartige Spiele sind auf den hierfür eigens geschaffenen Spielplatz zu verlegen.

Da das Hand- und Fußballspielen insbesondere durch Kinder in dem hiesigen Ortsbering einen großen Umfang angenommen hat, werden wir in Zukunft bei jeder Zuwiderhandlung — bei Kindern deren Eltern — eine höhere Polizeistrafe festsetzen.

Die Polizeibeamten haben strenge Anweisung erhalten jede Zuwiderhandlung der vorgedachten Art zur Anzeige zu bringen.

Für den angerichtenden Schaden wird der Zuwiderhandelnde — bei Kindern deren Eltern — haftbar gemacht.

Rüdesheim, den 9. November 1920.

Die Polizeiverwaltung: **Neumann.**

Das Sprunggeld für den Ziegenbock wird ab 1. November 1920 wie folgt festgesetzt:

Für Einheimische auf 3 Mark und
für Auswärtige auf 10 Mark.

Rüdesheim, den 10. November 1920.

Die Polizeiverwaltung: **Neumann.**

Die Kosten für die britische Besatzung.

*** Amsterdam, 11. Nov. Nach dem „Telegraaf" erklärte Churchill im englischen Unterhause, die Kosten für die britische Besatzung am Rhein für das laufende Jahr würden auf 3,6 Milliarden Pfund Sterling geschätzt. Die Gesamtausgaben für das Besatzungsheer betragen vom Waffenstillstandsabschluß bis zum 30. September d. J. ungefähr 61 Millionen Pfund Sterling. Von Deutschland seien bisher für die Anforderungen des Besatzungsheeres etwa 346 Millionen Mark an Zahlungen in örtlichen Zahlungsmitteln erfolgt.**

*** Köln,** 10. Nov. Die britische Militärbehörde gibt bekannt, daß anläßlich des zweiten Jahrestages des Waffenstillstandes am Donnerstag, den 11. November, eine allgemeine Arbeitsruhe von zwei Minuten, und zwar für mittags 12 Uhr, festgesetzt wird. Jeder Straßenverkehr auf dem Domplatz hat um 12 Uhr zu ruhen und darf erst nach Ablauf von zwei Minuten wieder aufgenommen werden.

*** Danzig,** 10. Nov. Die Vertreter der freien Stadt Danzig unterzeichneten gestern nachmittag 6.20 Uhr in Paris den Vertrag mit Polen, sowie die Konstituierungsakten und das Zusatzprotokoll. Oberbürgermeister Sahm, Abgeordneter Schümmer und Staatsrat Schwarz, die sich nach dem Quai d'Orsai begeben hatten, wurden im Uhrensaale, in dem die feierliche Unterzeichnung der Staatsverträge stattzufinden pflegt, von dem Gesandten Laroche als Vertreter des verhinderten Vorsitzenden der Botschafterkonferenz Jules Cambon empfangen. Die Konstituierungsakte wurde nur von den Danziger Delegierten unterzeichnet. Sie enthalten 4 Artikel und bestimmen, daß die freie Stadt Danzig vom 15. November ab konstituiert ist. Die Konstituierung erfolgt am 15. November durch einen feierlichen Akt, vermutlich gleichzeitig in Genf und Danzig. Das Zusatzprotokoll, das gleichfalls nur von den Danziger Delegierten unterzeichnet wurde, setzt fest, daß die freie Stadt Danzig berechtigt ist, sich in allen den Artikel 108 des Versailler Vertrages betreffenden Fragen unmittelbar mit der Botschaft in Verbindung zu setzen. Ein Artikel betrifft den Umfang der Finanzlasten, die die freie Stadt vom Deutschen Reiche und von Preußen zu übernehmen hat. Oberbürgermeister Sahm reiste mit einem Teil der Delegation zur Teilnahme an den Verhandlungen des Völkerbundes über die Danziger Verfassung nach Genf ab.

*** München,** 9. Nov. Herzog Ludwig von Bayern, der Senior des Hauses Wittelsbach, ist an den Folgen einer Lungenentzündung im Alter von 90 Jahren gestorben. — Prinzessin Therese von Bayern, Ehrendoktor der Universität München und Ehrenmitglied der Akademie der Wissenschaften und verschiedener geographischen, zoologischen und naturwissenschaftlichen Gesellschaften, feiert am 12. November ihren 70. Geburtstag. Die Prinzessin, die einzige Tochter des Prinzregenten Luitpold, hat sich in literarischen Kreisen besonders als Reiseschriftstellerin einen angesehenen Namen gemacht. Von ihren Reisen nach fast allen Weltteilen hat sie wertvolle Bestände für eine ethnographische zoologische, botanische, mineralogische und paläontologische Sammlung, die schon zum Teil in den Besitz des Staates übergegangen ist, mitgebracht.

*** Berlin,** 10. Nov. Im Haushaltsausschuß des Reichstags hat der deutschnationale Abgeordnete Dr. Helfferich folgende Behauptung aufgestellt: „In Weimar, wo es zudem doch gar keine Entfernungen gibt, hat jedes Kabinettsmitglied sein eigenes Dienstauto gehabt." Im Anschluß an diese Bemerkungen macht Reichsminister a. D. Gothein in der „Demokratischen Parteikorrespondenz" heute folgende Mitteilungen:

„Der damalige Ernährungsminister Robert Schmidt hat sofort erwidert, er habe dort keins gehabt. Ich, der ich 25 Minuten entfernt vom Schloß, wo die Kabinettssitzungen abgehalten wurden, wohnte, hatte keins, ebensowenig Schiffer oder Dernburg, Preuß oder Brockdorff-Rantzau, also keiner der demokratischer Minister. Aber meines Wissens haben auch Giesberts, Belt, David, Landsberg, Bauer, Wissell ebensowenig eins gehabt. Der Reichswehrminister Noske hatte ein Militärauto zur Verfügung und mußte es unbedingt haben. Bei den keineswegs unbedeutenden Entfernungen und den oft eilig aufeinanderfolgenden Sitzungen machte sich der Mangel an Autos bisweilen sogar sehr unliebsam bemerkbar. Wenn Herr Dr. Helfferich mit seiner Behauptung der Verschwendungssucht der nachrevolutionären Kabinettsmitglieder die Sparsamkeit und Einfachheit des ancien regime gegenüberstellt, so übersieht er, daß damals fast alle Reichsämter: Inneres, Auswärtiges, Schatz, Justiz, Post, Kolonien, dicht beisammen um die Reichskanzlei lagen und nur das Reichsmarineministerium, das über viele Autos verfügte, weiter entfernt war, daß auch die Entfernung vom Reichstag gering war, vor allem, daß es damals kein Kabinett, also auch keine Kabinettssitzungen gab. Ein Ministerium, das wie das Reichsschatzministerium mit seinen 1200 Zimmern an sieben verschiedenen Stellen Berlins untergebracht war, wo das Dienstzimmer des Ministers 25 Minuten von der Reichskanzlei entfernt lag, konnte nicht ohne Autos auskommen. Das dürfte jedem einleuchtend sein, der eine Ahnung von der Arbeitslast eines solchen Ministeriums und von der Dringlichkeit der damaligen Kabinettssitzungen hat. Das Wirtschaftsministerium liegt beim Zoo, das Arbeitsministerium am Luisenplatz, das des Innern im früheren Generalstabsgebäude usw. Die Minister haben größtenteils keine Dienstwohnungen in ihren Amtsgebäuden und wohnen zum Teil in Vororten. Da geht es eben ohne Auto nicht. Gerade in der Weimarer Zeit haben wir aber auch in Berlin mit Dienstautos aufs äußerste gespart und die Frage einer Dienstautozentrale aufs ernstlichste erwogen. Daß seitens nachgeordneter Beamter inzwischen mit Dienstautos Mißbrauch getrieben worden ist, soll keineswegs bestritten werden. Es ist nur erwünscht, wenn hier größere Sparsamkeit einzieht."

Auf Grund dieser Feststellungen kommt Gothein zu folgendem Ergebnis, das für Herrn Dr. Helfferich, der seit dem ihm gemachten Vorwurf der leichtsinnigste aller Finanzminister gewesen zu sein, jede Gelegenheit benützt, um in großem Lichte die Splitter in den Augen anderer zu zeigen, nicht ohne Interesse sein wird: „Das erste Reichskabinett hat energisch auf Sparsamkeit gehalten. Und Graf Posadowsky, damals Vorsitzender der Deutschnationalen Fraktion, war ehrlich genug, das offen anzuerkennen und in einer Ausschußsitzung alle Fraktionen aufzufordern, den Reichsfinanzminister Dr. Dernburg und den Reichsschatzminister Gothein bei ihrem energischen Kampf gegen Korruption und für Sparsamkeit aufs wärmste zu unterstützen. Graf Posadowsky war eben auch als Parteiführer ein Gentleman geblieben."

*** Kopenhagen,** 10. Nov. Der deutsche Kunsthistoriker Geheimrat Prof. Dr. Thode ist heute nacht im hiesigen Reichshospital nach einer Operation verschieden.

Ein neues Wuchergesetz.

*** Berlin,** 10. Nov. Der Entwurf eines neuen Wuchergesetzes, der wesentlich verschärfte Bestimmungen für den Verkehr mit Lebensmitteln, namentlich auch für die Verschiebung von Lebensmitteln in das Ausland enthält, wird in kurzer Zeit fertiggestellt und dann schleunigst dem Kabinett und dem Reichstag zugeleitet werden, so daß seine Verabschiedung noch im Laufe dieses Monats wahrscheinlich ist. — Die Verschärfung der Strafen, namentlich für die Verschiebung der Lebensmittel ins Ausland, entspricht einem Wunsche, der allen Bevölkerungskreisen gemeinsam ist. Das Rechtsempfinden des Volkes hat für diese Schädigung der Allgemeinbevölkerung schon längst eine Zuchthausstrafe gefordert, die nun auch in dem neuen Entwurfe vorgesehen ist.

Wilder Streik.

*** Berlin, 10. Nov. Die Funktionäre der streikenden Elektrizitätsarbeiter haben gestern in einer Versammlung, nachdem der Verband der Maschinisten und Heizer zum Streikabbruch geraten hatte, beschlossen, erneut eine Urabstimmung vornehmen zu lassen, die heute vormittag beendet sein wird. Mehreren Blättern zufolge wird sich der Reichstag mit dem Berliner Elektrizitätsstreik beschäftigen. Bei der Haushaltberatung soll die Frage der obligatorischen Schlichtungsausschüsse und der Schutz der Arbeitswilligen sowie die Frage des Schutzes vor kommunistischen Gewaltakten besprochen werden.**

In einer Unterredung mit einem Mitarbeiter des „Lokalanzeigers" gab der preußische Minister des Innern Severing seiner Befriedigung über das Ultimatum des Berliner Magistrats an die streikenden Elektrizitätsarbeiter Ausdruck. Es enthebe vorläufig die Reichsregierung wie die preußische Staatsregierung der unangenehmen Aufgabe, in die Selbstverwaltung der Städte durch die Verordnung des Reichspräsidenten einzugreifen. Sollte jedoch wider Erwarten die erneute Urabstimmung der Streikenden für die Fortführung des Streikes ausfallen, so würde die von der Reichs- und der preußischen Staatsregierung vorbereitete Aktion unverzüglich ins Werk gehen. Zu diesem Zweck würde sofort ein Reichskommissar ernannt werden, der mit der Ausführung der Verordnung des Reichspräsidenten beauftragt werden würde. Für Groß-Berlin würde ihm der Polizeipräsident zur Seite gegeben werden.

Die Berliner Gewerkschaftskommission protestierte in einer Erklärung gegen die Verordnung des Reichspräsidenten, da sie gegen das in der Verfassung gewährleistete Koalitionsrecht einer Gruppe von Arbeitern verstoße. Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission habe im Verein mit dem allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund gestern bei der Reichsregierung Schritte gegen die Verordnung unternommen. Die sozialistischen Parteien werden aufgefordert, von der Regierung die sofortige Aufhebung der Verordnung zu verlangen.

Ultimatum des Magistrats

*** Berlin,** 11. Nov. Der Berliner Magistrat hat in zwölfter Stunde folgendes Ultimatum an die streikenden Arbeiter gerichtet:

„Der Magistrat sieht sich mit Rücksicht auf die durch den Streik der städtischen Elektrizitätsarbeiter hervorgerufene Bedrohung des allgemeinen Wirtschaftslebens zu folgenden Beschlüssen veranlaßt: 1. Die Arbeiter und Angestellten der städtischen Elektrizitätswerke werden aufgefordert, ihren Dienst nach den Anweisungen der Direktion in vollem Umfange spätestens bis Donnerstag, 11. 11., nachmittags 2 Uhr aufzunehmen. Die Arbeiter und Angestellten, welche dieser Aufforderung nicht Folge leisten, haben sich mit sofortiger Wirkung als entlassen zu betrachten. 2. Die Direktion der städtischen Elektrizitätswerke wird beauftragt, die Arbeiter und Angestellten, welche zur Durchführung des Streikes an Maschinen, Anlagen oder Einrichtungen Handlungen vorgenommen haben, durch die eine ordnungsmäßige Fortführung des Werkes unmöglich gemacht oder erschwert worden ist, sowie ferner diejenigen, welche zur Herbeiführung dieses Erfolges mitgewirkt haben, zu ermitteln und sofort zu entlassen. 3. Die Direktion der städtischen Elektrizitätswerke wird ferner beauftragt solche Arbeiter und Angestellten, gegen welche nach den bisherigen Ermittelungen Tatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, daß sie eine der unter Ziffer 2 angegebenen Handlungen begangen haben, bis zur endgültigen Feststellung ihrer Schuld, unter vorläufiger Belassung ihrer Bezüge, vom Dienst zu suspendieren."

*** Berlin, 11. Nov. Die Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke haben die Arbeit in allen Betrieben wieder aufgenommen.**

Zur Sozialisierung.

* **Berlin**, 11. Nov. Mit den Stimmen der drei Arbeitgeber, der Mehrheit der Arbeitnehmer und des Vertreters der Verbraucher hat, wie schon mitgeteilt, der sogenannte Essener Verständigungsausschuß ein Gutachten zur Sozialisierung des Kohlenbergbaues fertiggestellt und gestern dem Unterausschuß des Reichswirtschaftsrats und des Reichskohlenrats unterbreitet. Aus dem von Generaldirektor Dr. Silberberg erstatteten Bericht treten, um nur das grundsätzlich Wichtigste herauszuheben, zwei Leitgedanken hervor, die man in den beiden Gutachten der Sozialisierungskommission vergebens gesucht hat, obwohl sie von allen Kennern des Wirtschaftslebens als die unumgängliche Vorbedingung für jeden organisatorischen Eingriff in unseren wichtigsten Produktionszweig angesehen werden: einmal die Feststellung, daß die Sozialisierung des Kohlenbergbaues keine Angelegenheit ist, die unabhängig von den Organisationsformen der Gesamtwirtschaft, namentlich der auf den Bergbau angewiesenen Industrie, betrieben werden kann, und zum anderen die Forderung, daß eine planmäßige Steigerung und Veredlung der Produktion erreicht werden müsse. Zu diesem Zwecke empfiehlt das Gutachten nach rein wirtschaftlichen, nicht finanziellen Gesichtspunkten zu schaffende Interessengemeinschaften zwischen Kohlenbergbau und weiterverarbeitender Industrie im Sinne wechselseitiger Förderung, d. h. in der Weise, daß der Kohlenbedarf der Industrie nach Erfüllung der Leistung an die breiten Massen der Verbraucher vorerst gesichert und die Industrie dadurch in die Lage versetzt werde, ihre Produktion auf ein Höchstmaß zu steigern. Umgekehrt liegt diesen Industrien die Pflicht ob, die Erträgnisse des Bergbaues durch Leistungen rein wirtschaftlicher wie auch sozialer Natur, u. a. durch Förderung des Wohnungs- und Schulwesens, zu steigern. An das eigentliche Sozialisierungsproblem, wie es im politischen Kampf eine große Rolle spielt, d. h. die Forderung der Ueberführung des Bergbaues in die Gemeinwirtschaft, tritt der Bericht nur sehr vorsichtig heran. Ausgehend von der durchaus zutreffenden Feststellung, daß ohne eine Arbeitsteilung zwischen Führerschaft und ausführender Arbeit und ohne Disziplin in der Gesinnung und im Handeln keine Produktion gedeihen könne, gelangt er anderseits doch zu dem Schluß, daß die Stellung der Arbeitnehmer eine grundsätzliche Aenderung erfahren müsse. Sie alle müssen sich der gesamtwirtschaftlichen Ziele und Verantwortung bewußt sein. Sie müssen aber auch einen unmittelbaren greifbaren Erfolg ihrer Arbeit und die Möglichkeit geistigen und materiellen Aufstiegs vor sich sehen. So kann eine Kapitalbeteiligung der Arbeiter- und Beamtenschaft als Mittel angesehen werden, um das Gefühl der Mitverantwortlichkeit und des Mitgenusses zu erwecken und anderseits den Arbeitnehmern den Eindruck zu nehmen, daß der Erfolg ihrer Arbeit nur anderen zugute käme. Außer den unmittelbar an der Produktion Beteiligten soll aber auch die breite Allgemeinheit auf dem Wege der Besteuerung von den Erträgnissen des Bergbaues Nutzen ziehen.

* **Essen**, 11. Nov. Sowohl der sozialdemokratische Bergarbeiterführer Otto Hué wie auch der Vorstand des Alten Bergarbeiterverbandes protestieren öffentlich dagegen, daß ein Mitglied des Bergarbeiterverbandes, Wagner, die Stinnes'schen Sozialisierungsvorschläge unterzeichnet habe. Hué nennt den Vorfall einen Skandal; seine Erklärung bezeichnet in erster Linie die von Stinnes vorgeschlagene Gewinnbeteiligung der Arbeiter als eine Fälschung des Sozialisierungsgedankens. Der Vorstand des Alten Bergarbeiterverbandes hat, zweifellos in Uebereinstimmung mit dem Gesamtvorstand, zur Sozialisierungsfrage folgende Erklärung erlassen: Die Beschlüsse unserer maßgebenden Organisationsvertretung und der einstimmige Beschluß des Internationalen Bergarbeiterkongresses in Genf fordern die Sozialisierung des Bergbaues. Der Vorschlag der Unterkommission des Reichswirtschaftsrates, kleine Aktien auszugeben, ist eine plumpe Fälschung des Sozialisierungsgedankens und läuft auf eine Verstärkung des Privatkapitals hinaus. Der Vorstand verlangt daher von allen Verbandsmitgliedern, daß sie die Stinnes-Silbergschen Vorschläge betreffend kleine Aktien oder einen ähnlichen Plan energisch bekämpfen. Andernfalls würden die betreffenden Kameraden gegen die Beschlüsse ihrer Organisation handeln und müßte daraus die einzig richtige Folge gezogen werden.

Die sozialdemokratische Essener Arbeiterzeitung bläst Alarm gegen die Mehrheitsvorschläge der Siebenerkommission, die sie einen Sozialisierungsbetrug nennt. Sie erinnert daran, daß der Bergarbeiterverband kürzlich sich einstimmig für eine „wirkliche Sozialisierung" (d. h. Vollsozialisierung) ausgesprochen hat und entrüstet sich darüber, daß der Vorschlag der Mehrheit des Siebenerausschusses auch unterschrieben ist von den Vertretern der Arbeitnehmer Imbusch (Christliche Gewerkschaften) und Wagner (Bergarbeiterverband). Die Zeitung hat den Genossen Hué über dessen Stellungnahme befragt, der ihr ausdrücklich erklärte:

„Der Alte Bergarbeiterverband lehnt jede Verantwortung für den Skandal ab, den das Mitglied des Bergarbeiterverbandes im Siebenerausschuß durch seine Zustimmung zum Stinnes'schen Vorschlag herbeigeführt hat. Der Bergarbeiterverband lehnt jede Gewinnbeteiligung nach dem System der kleinen Aktien von Stinnes rundweg ab und ist in dieser Auffassung durch den einstimmigen Beschluß der sämtlichen Funktionäre des Alten Bergarbeiterverbandes gedeckt. Jede irgendwie anders geartete Stellung irgendeines Mitgliedes des Bergarbeiterverbandes kann für die Haltung der Gesamtorganisation in der Frage der Sozialisierung des Bergbaus nicht maßgebend sein. Das Mitglied des Siebenerausschusses hat die volle Verantwortung für seine Zustimmung zum Stinnes'schen Vorschlag zu tragen."

Die Arbeiterzeitung stimmt mit Hué darin überein, daß der Stinnes'sche Vorschlag für die Bergarbeiter nicht in Frage kommen könne, da er eine Abwürgung der von der gesamten Bergarbeiterschaft geforderten Sozialisierung bedeute, die zu den schwersten wirtschaftlichen Folgen führen müsse. Die Bergleute würden sich mit aller Macht gegen das Ergebnis des Siebenerausschusses wenden. Die Essener Arbeiterzeitung hofft, daß sich der Bergarbeiterverband einmütig gegen den Stinnes'schen Vorschlag wenden werde. Sie betrachtet es aber als eine ganz selbstverständliche Aufgabe, mit dem Bergarbeiterverband die Massen der Arbeiter zu energischem Kampf gegen den Stinnes'schen „Sozialisierungsbetrug" und für eine wirkliche, ernsthafte Sozialisierung zu sammeln, und fährt dann fort:

„Vor allen Dingen kommt es bei diesem Kampf natürlich darauf an, jede Putschtaktik, die versucht werden wird, zu verhüten. Siegen kann die Arbeiterschaft in diesem Kampf nur, wenn sie in ruhiger, kühler Ueberlegung nach einheitlichem Plan unter Führung der bewährten Organisationen arbeitet. Das ist die erste Vorbedingung für den Sieg. Diesem Kampf gilt die Arbeit der nächsten Wochen, und wer unser Wirtschaftsleben vor den schwersten Erschütterungen bewahren will, nimmt Stellung gegen Stinnes und Genossen."

Imbusch (vom christlichen Bergarbeiterverband), betont, es handele sich hier um einen Kompromiß, der ihm nicht leicht gefallen sei. Die Zeitumstände seien aber hier bestimmend. Er hege den Wunsch, daß möglichst viele Arbeiter sich an dem Kapital beteiligen und auch die Kommunen sich dafür interessieren. Zudem erfordere der Aufbau große Mittel im Bergbau, und diese könnten nur durch möglichst zahlreiche Beteiligung aufgebracht werden; dazu sei es aber erforderlich, möglichst sämtlichen Arbeitern die Beteiligung zu gewähren.

Die Grundsteuer in Preußen.

* **Berlin**, 11. Nov. Im preußische Staatsministerium steht ein Gesetzentwurf betr. die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundbesitz in Behandlung, der ungefähr folgenden Inhalt haben wird:

„Vom 1. Januar 1921 an bezieht der Preußische Staat, nachdem er 1893 auf die eigene Erhebung der Realsteuern zugunsten der Gemeinden verzichtet hatte, wieder eine eigene Grundsteuer, die aus einem festen Betrage von 10 pro Mille besteht und im übrigen aus Zuschlägen. Der Zuschlag soll für die Zeit bis 31. 3. 1922 100 Prozent betragen.

Im Regelfalle würden also 20 pro Mille erhoben werden; doch will man Ausnahmen eintreten lassen

1. für kleine, unbebaute, landwirtschaftlich oder gärtnerisch ausgenutzte Grundstücke, wenn ihr gemeiner Wert nicht mehr als 10 000 Mark beträgt, und

2. für Wohnhäuser, deren Grundfläche nicht mehr als 30 Ar beträgt oder deren reiner Bodenwert nicht mehr als 10 000 Mark ausmacht und in denen sich nach dem Stande vom 1. Juli 1914 keine Wohnungen im Einzelmietwert von über 3000 Mark befinden.

Diese Kategorie der kleineren ländlichen und behauten städtischen Objekte ohne Luxuswohnungen soll nur mit dem halben Steuersatz von 5 pro Mille herangezogen werden und demnach auch nur mit dem entsprechend geringeren Zuschlag von 5 pro Mille. Es sollen also diese Objekte im ganzen nur mit 10 vom Tausend besteuert werden."

Keine Zerstörung der Dieselmotore.

*** Berlin, 12. Nov. Die Ententeantwort auf unsere Dieselmotore-Note wird erst in den nächsten Tagen erwartet. Ueber den Inhalt der Antwort ist an hiesiger amtlicher Stelle folgendes bekannt geworden: Die deutsche Regierung wird darauf hingewiesen, daß die Dieselmotore, die in U-Booten eingebaut waren, nur für friedliche Zwecke verwandt werden dürfen und daß ihr Einbau binnen einer bestimmten Frist erfolgt sein müsse.**

Zur Auslieferung der Milchkühe.

Protest der Aerzte

* **Berlin**, 11. Nov. Der Deutsche Aerztevereinsbund erläßt folgenden Aufruf an das deutsche Volk:

„Sechs Millionen Liter Milch werden wir täglich weniger haben. Die Fettbelieferung wird aufs schwerste beeinträchtigt. Die Aufzucht des Rindviehes wird schwer gefährdet, die Fleischversorgung wird noch viel schlechter werden. Unsere Säuglinge können wir nicht mehr ernähren. Die stillenden Mütter, die Greise, deren Sterblichkeit in erschütterndem Maße gestiegen ist, können nicht mehr mit Milch versorgt werden. Unsagbares Elend muß über die ganze Bevölkerung kommen. Mit der Erfüllung dieser Forderung würde die Axt an die Wurzel unserer Volksgesundheit gelegt werden. Nur Amerikas Hilfe und andern menschenfreundlichen Organisationen des Auslandes ist es zu danken, daß unsere Kinder bisher durchgehalten werden konnten. Alle Volksgenossen müssen sich der unerhörten Gefahr bewußt sein, die unserer Volksgesundheit, vor allem unserer Jugend, droht. Unsere Reichsregierung muß dem Verband ein entschlossenes, unabänderliches Nein sagen, wenn sie nicht schuldig werden will an der Aushungerung unserer Jugend."

Die Entwaffnung.

* **Paris**, 10. Nov. Nach einer „Matin"-Meldung aus London erklärte Lloyd George gestern abend auf dem Lordmayor-Bankett in der Guildhall: Der Prüfstein der Aufrichtigkeit Deutschlands, daß es den Friedensvertrag auszuführen gedenke, sei die Entwaffnung. Er habe vor einigen Stunden einen Bericht des Kriegsministers bekommen, der befriedigend laute. Die deutsche Kriegsmarine sei tatsächlich entwaffnet; niemand in Deutschland sei deshalb beunruhigt. Das deutsche Heer werde rasch auf die vorgeschriebene Zahl von 100 000 Mann herabgesetzt und die schwere Artillerie sei fast vollständig abgeliefert. Es befänden sich nur noch zu viele Gewehre in den Händen der Bevölkerung, dies sei aber eine viel größere Gefahr für Deutschland selbst als für seine Nachbarn. Deutschland könne nicht mehr aggressiv sein. Die gegenwärtige Regierung in Deutschland sei aufrichtig in dem Bestreben, die Friedensbedingungen auf das beste auszuführen. Die zweite Frage von großer Bedeutung sei die Frage der Wiedergutmachung. Deutschland sei bereit gewesen, in Spa gewisse Vorschläge zu unterbreiten, wie es seinen Verpflichtungen nachzukommen gedenke. Er sei darüber sehr befriedigt gewesen, nicht wegen der Vorschläge an sich, sondern weil sie ihm den Beweis geliefert hätten, daß die deutschen Staatsmänner und Finanzleute das Problem der Wiedergutmachung mit der Absicht studieren, Mittel und Wege zu finden, wie Deutschland seinen Verpflichtungen nachkommen kann. Diese Vorschläge würden nunmehr auf den Konferenzen geprüft. Wenn man in allen alliierten Ländern dem Rate derer folgen würde, deren einziges Ziel es sei, die verwüsteten Gebiete wiederherzustellen und nicht dem Rate derer, die verloren gegangene Reputationen wiederherstellen wollen, dann zweifle er nicht daran, daß man den Frieden auf dem Wege finden würde, der zu einer guten Verständigung führt.

Revision der Friedensverträge.

*** Amsterdam, 11. Nov. Die „Westminster Gazette" meldet, daß in Kingsway Hall in London eine Demonstration stattgefunden hat, bei der die Revision der Friedensverträge gefordert wurde. Unter den Sprechern befanden sich die Parlamentsmitglieder Barnes und Commander Kenworthy sowie General Gough. General Gough erklärte, der Friedensvertrag sei sowohl vom moralischen, als vom Zweckmäßigkeitsstandpunkt aus durch und durch schlecht und fördere kein gutes Ergebnis zutage, wie es alle, die im Kriege waren, gehofft und erwartet haben. Gough fuhr dann fort: Wir haben gehofft, Gerechtigkeit und Billigkeit zwischen den Nationen zu erreichen und das ehrliche Halten und Versprechen. Wir gedachten einen guten und dauernden Frieden zu errichten, der notwendigerweise auf einen guten Willen gebaut werden müßte. Der Friedensvertrag hat nie dergleichen geschaffen. Wenn er nicht so abgeändert wird, daß irgend ein wirtschaftlicher Neubau Europas stattfinden kann, und irgend ein Gefühl der Befriedigung geschaffen wird, um die zwischenvölkische Zusammenarbeit zu ermutigen und zustande zu bringen, wird Europa vor Ablauf eines Jahrhunderts zugrunde gehen. England wird dann in den Zusammenbruch hineingezogen.**

Oesterreich.

* **Wien**, 10. Nov. Der Nationalrat hielt heute seine Eröffnungssitzung ab. Präsident Seitz gedachte in seiner Abschiedsrede des bevorstehenden zweiten Jahrestages der Proklamierung der Republik, sowie des Inkrafttretens der neuen definitiven Verfassung mit dem heutigen Tage. Der Nationalrat wählte sodann den Christlich-Sozialen Dr. Weißkirchner mit 100 Stimmen zum Präsidenten. Die Sozialisten gaben dabei leere Stimmzettel ab. Zum zweiten Präsidenten wurde der Sozialist Eldersch mit 67 Stimmen und zum dritten Präsidenten der Großdeutsche Dinghofer mit 104 Stimmen gewählt. Präsident Weißkirchner begrüßte unter lebhaftem Beifall des Hauses das ungeteilte Kärnten als selbständiges Glied des Bundesstaates. Er gedachte mit tiefer Trauer der abgeschnittenen Volksgenossen, denen er seine Wünsche entbot. Wir harren des Tages, so sagte Weißkirchner, an dem sie sich wieder in unseren Reihen einfinden werden und an dem ein einiges Volk von Brüdern die Wiedervereinigung des gesamten deutschen Volkes feiern wird.

England und Frankreich.

* **Paris**, 10. Nov. Nach Empfang des Berichtes der alliierten Sachverständigen, die in Brüssel die deutschen Delegierten über die Wiedergutmachungen hören, und nach dem Bericht, den die alliierten Finanzminister liefern werden, die sich im Februar in Genf versammeln werden, wird die Wiedergutmachungskommission die Verpflichtungen Deutschlands festlegen, und die Regierungschefs werden die Strafmaßnahmen bestimmen, die im Falle der Nichtausführung eintreten sollen. Dieses Verfahren, das in seinen großen Zügen von der französischen und von der englischen Regierung angenommen worden ist, hat nicht nur die allgemeine Billigung Frankreichs gefunden, sondern auch der ganzen englischen Presse, die sich zu dem zugestandenen Uebereinkommen beglückwünscht. Sie hebt die Wichtigkeit desselben hervor und begrüßt einstimmig die Tatsache, daß die Meinungsverschiedenheiten, die die freundschaftlichen Beziehungen der beiden Länder zu stören drohten, beseitigt wurden. Nach Ansicht der „Times", der „Morningpost" und der „Daily Expreß" hat Frankreich, indem es die der Wiedergutmachungskommission durch den Friedensvertrag anvertrauten Vollmachten achtete, der Sache der Alliierten einen guten Dienst geleistet. Die „Times" legt dar, daß die Drohung einer Revision des Vertrages, die in San Remo und Spa auftauchte, nunmehr beseitigt ist. Sie besteht auf einem engen französisch-englischen Einvernehmen angesichts des Revanchegeistes in Deutschland und der bolschewistischen revolutionären Umtriebe. (Havas.)

Vermischte Nachrichten.

Stadtverordneten-Sitzung

am Donnerstag, 11. November, nachmittags 5 Uhr.

Anwesend unter dem Vorsitz des stellvertretenden Stadtverordnetenvorstehers Herrn Peter Breuer, die Herren Hugo Asbach, Jos. Barth, Hch. Bertram, K. Bruns, Hch. Christian, Jak. Ad. Dries, Leonh. Dries, Jos. Heep, Hch. Kaiser, K. Meier, P. Müller, Aug. Naß und C. Richter.

Vonseiten des Magistrats waren die Herren Bürgermeister Neumann, die Herren Schöffen J. Boos und H. Volkensfeld, sowie Stadtbaumeister Kratz erschienen.

Die Tagesordnung fand nach Verlesung des letzten Sitzungsprotokolls wie folgt ihre Erledigung:

1. Festsetzung der Vergütung für den Beigeordneten Herrn Heinrich Brogsitter.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Antrag auf Vergütung des Beigeordneten an den Magistrat zur Vorbereitung einer Vorlage abzugeben und zwar zur Regelung der Vergütung an die Beigeordneten, 1. für die Vertretung vom 1. April bis 15. Juni ds. Js., 2. für die künftigen Vertretungen während kürzerer Zeit.

2. Wahl des Schiedsmannsstellvertreters.

Die Angelegenheit wurde dem Wahlausschuß zur Vorberatnng überwiesen.

3. Ortsausschuß für die Kriegsbeschädigten.

Entsprechend dem Vorschlage des Wahlausschusses werden in den Gemeindefürsorgeausschuß folgende Personen gewählt: 1. als Vertreter der Kriegsbeschädigten Georg Peifer, als Ersatzmann Jakob Kau und 2. als Vertreterin der Hinterbliebenen Frau Rosa Manig, geb. Mang, und bei deren Verhinderung Dorothea Altenkirch, geb. Ruwedel.

4. Anstellungsvertrag des Herrn Werkmeisters Stahl.

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Beschluß des Magistrats den mit dem Werkmeister Hermann Stahl abgeschlossenen Vertragsentwurf mit der Abänderung zu, daß eine Abkürzung der Kündigungsfrist in dem Vertragsentwurf vorgesehen wird. Der Magistrat überträgt dem Genannten vom 1. 10. 1920 die Stellung eines Werkmeister- und Verwalters für die von der Niederwaldbahngesellschaft erworbenen Gebäude, Maschinen usw. Das monatliche Gehalt wurde auf 400 Mk. festgesetzt.

5. Wahl eines Mitgliedes für den Werkausschuß, Finanz- und Organisationsausschuß und Beschluß-Ueberwachungskommission.

In den Werkausschuß wurden gewählt der Stadtverordnete Herr Leonhard Dries. In den Finanz- und Organisations-Ausschuß wurde gewählt Herr Stadtv. Heinrich Kaiser. In die Beschluß- und Ueberwachungskommission wurde gewählt Herr Stadtverordneter Leonhard Dries.

6. Wahl des Schulausschusses für die höhere Mädchenschule.

Es wurde zunächst beschlossen, die Wahl durch Akklamation vorzunehmen. Hierauf wurden in den Schulausschuß für die höhere Mädchenschule gewählt: 1. von den Stadtverordneten die Herren Hugo Asbach und Joseph Barth, 2. aus der Bürgerschaft die Herren Pfarrer Kohl, Pfarrer Wüst und Weinhändler Franz Soffenheimer.

7. Bewilligung der Mehrkosten für den Gleisanschluß im städtischen Gaswerk in Höhe von 30 000 Mark.

Auf Antrag des Finanz- und Organisations-Ausschusses genehmigt die Stadtverordnetenversammlung die Mehrausgabe für den Gleisanschluß mit 30 000 Mark und die Beschaffung dieser Summe durch Aufnahme einer Anleihe, für die die Jahresleistung auf 7 Prozent festgesetzt wird, so daß die Tilgung etwa 2½ Prozent betragen soll.

8. Bewilligung der Kosten für Erweiterung des Kabelnetzes.

Entsprechend dem Beschlusse des Magistrats und des Finanz- und Org.-Ausschusses genehmigt die Stadtverordnetenversammlung die Summe von 40 000 Mark für die Erweiterung des Kabelnetzes in der Ober- und Eibingerstraße. Die Beschaffung der Summe soll ebenfalls durch Aufnahme einer Anleihe erfolgen, für die die Jahresleistung auf 7 Prozent festgesetzt wird, so daß die Tilgung etwa 2½ Prozent betragen soll.

9. Aenderung des Bebauungsplanes auf dem Gelände des alten Friedhofs.

Die Stadtverordnetenversammlung faßte hierzu folgenden Beschluß: 1. Die Straßen- und Baufluchtlinie auf der Südseite des Friedhofes wird fortgeführt in der Linie der Peterstraße. Die Fluchtlinie findet ihr Ende an der östlichen Grenze des Friedhofes. Die vorgesehene Fortsetzung der Straße nach Osten wird vorläufig gestrichen. 2. Die Verbindungsstraße an der Ost- und Westgrenze des Friedhofes werden in einer Breite von 8 Meter festgesetzt. 3. Die Breite der Kaiserstraße wird auf 10 Meter festgesetzt; (vorgesehen waren 15 Meter.) 4. Der Verkauf der den Anliegern bei 1 zufallenden Flächen wird genehmigt. Der Preis wird auf 500 Mark für die Rute festgesetzt.

10. Festsetzung der Vergütung für die Lehrpersonen an der gewerblichen Fortbildungsschule.

Hierzu lag ein Magistratsantrag vor, nach welchem der Magistrat sich gegen eine Uebernahme der gewerblichen Fortbildungsschule in die Verwaltung der Stadt Rüdesheim ausspricht. Vonseiten des Gewerbevereins erging ein Antrag auf Gewährung eines Zuschusses zu den Kosten der Fortbildungsschule. Anstatt eines Zuschusses setzte der Magistrat für die an der Schule im Nebenamt tätigen Lehrer ein Stundenhonorar von 6 Mk. fest und betrachtete den bereits als Hilfslehrer besoldeten Gewerbelehrer K. Bruns als nebenamtlichen Lehrer. Nach längerer Aussprache wurde die Angelegenheit an den Magistrat zurückverwiesen und beschlossen diese Angelegenheit in gemeinsamer Sitzung mit dem Finanz- und Organisationsausschuß unter Hinzuziehung je eines Vertreters des Zentralvorstandes des Gewerbevereins für Nassau und des hiesigen Gewerbevereins zu beraten und einen vorschußweisen Betrag in Höhe von 3000 Mark an den Gewerbeverein auszuzahlen.

11. Antrag auf Erhebung einer Wohnungsaufwandssteuer.

Nach eingehender Erörterung der Angelegenheit wurde beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, sich mit der Frage der Erhebung einer Wohnungsaufwandsteuer zu beschäftigen und möglichst bald eine Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung gelangen zu lassen.

12. Beitritt der Gemeinde Rüdesheim zur Gemeinnützigen Wohnungsfürsorge gesellschaft.

Entsprechend dem Beschlusse des Finanz- und Org.-Ausschusses beschließt die Stadtv.-Versammlung, die Entscheidung über den etwaigen Beitritt zu der Gesellschaft späterer Zeit vorzubehalten.

Schluß der Sitzung 9 Uhr.

* **Rüdesheim**, 12. Nov. Die „Turngemeinde Rüdesheim" hält nächsten Sonntag das Abturnen in ihrer Halle. Der rührige Verein verfügt über eine stattliche Anzahl recht guter Kräfte, so daß man genußreiche Vorführungen auf allen Gebieten der sachgemäßen Körperpflege erwarten darf. Des nachmittags findet, beginnend mit Frei- und Ordnungsübungen geregeltes Turnen der Zöglinge, der aktiven Turner und der Turnerinnen an allen Geräten statt; abends ist Familienunterhaltung mit Tanz. Die auf allen Gebieten so ungeheuer gestiegenen Kosten, an denen auch die Turngemeinde bei der Unterhaltung der Halle, Beschaffung der nötigen Geräte und Einrichtungen usw. nicht vorbei kann, bedingt die Erhebung eines kleinen Eintrittgeldes, zumal um auch einer von früher her gewohnten Ueberfüllung vorzubeugen; in früheren, besseren Jahren waren ja bekanntlich alle turnerischen Vorführungen stets frei. Die hiesige Einwohnerschaft in ihrem warmen Interesse für alle turnerischen Bestrebungen weiß, zumal bei dem so überaus gesunkenen Geldwert, den jetzigen Verhältnissen gewiß auch Rechnung zu tragen. Kinder haben nur in Begleitung Erwachsener Zutritt. Näheres besagt die Anzeige im Anzeigenteil des Blattes.

* **Rüdesheim**, 12. Nov. Am kommenden Sonntag, den 14. ds. Mts., findet auf dem Sportplatze das Retourwettspiel der 1. und 2. Mannschaft des hiesigen Sportvereins gegen die 1. und 2. Mannschaft des F. C. Winkel statt. Anfang 1 und 3 Uhr.

* **Rüdesheim**, 12. Nov. (Buß- und Bettag.) Der diesjährige Landes-Buß- und Bettag fällt auf Mittwoch, den 17. November. An dem Vorabend des Bußtages sowie am Festtage selbst dürfen weder öffentliche noch private Tanzmusiken, Bälle und ähnliche Lustbarkeiten veranstaltet werden.

* **Rüdesheim**, 12. Nov. (Keine Rückkehr zur Fleischzwangswirtschaft.) Aus Düsseldorf wurde gemeldet, daß von der dortigen Stadtverwaltung mitgeteilt sei, die Regierung beabsichtige eine Wiedereinführung der Fleischrationierung, da nach Freigabe des Fleisches eine derartige Massenabschlachtung eingesetzt habe, daß für den Viehbestand gefürchtet werden müsse. Auch in Wiesbaden sind seit einigen Tagen derartige Gerüchte im Umlauf. — Wie von zuständiger Stelle aus Berlin mitgeteilt wird, ist eine Wiedereinführung der Fleischkarte nicht beabsichtigt. Es haben auch keinerlei Verhandlungen hierüber stattgefunden. Daß augenblicklich starke Schlachtungen stattfinden, hat seine Ursache darin, daß die Landwirte nicht über genügend Futtermittel verfügen, um das Vieh über den Winter hinwegbringen zu können. Mit dem Eintritt der wärmeren Jahreszeit werden auch die Schlachtungen wieder aufhören. Von einer Gefährdung des Viehstandes kann gar keine Rede sein.

* **Rüdesheim**, 12. Nov. (Wo das Gold und Silber steckt.) Aus Mannheim wird berichtet: In Leutershausen fand ein Küfer in einem Faß, das ihm von einem Bauer zur Ausbesserung übergeben worden war, 54 000 Mark in Gold und Silber.

Wiesbaden, 10. Nov. In der hiesigen Taunusbar wurden eines Abends einem Gaste für zwei Gläschen Cognac „Asbach Uralt" zwanzig Mark, also zehn Mark pro Hub, abverlangt. Der Restaurateur Wilhelm Franke erhielt deshalb, weil für Gegenstände des täglichen Bedarfs er sich exorbitante Preise hatte zahlen lassen, fünfhundert Mark Geldstrafe.

Hochheim, 10. Nov. Der Hochheimer Markt war dieses Jahr vom herrlichsten Herbstwetter begünstigt. Seine alte, vorkriegszeitliche Anziehungskraft hat er nicht verlocen. Bereits der Sonntag brachte eine Unmenge auswärtiger Gäste, namentlich aus den benachbarten Städten, während am eigentlichen Markt hauptsächlich die Landbevölkerung vertreten war. Es wurden bedeutende Umsätze erzielt. Geringwertige und mittlere Pferde wurden mit 5000 bis 8000 Mk. bezahlt, für Oldenburger und Hannoveraner 45 bis 55 000 Mk., während schwerste erstklassige Arbeitspferde kaum unter 60 000 Mk. das Paar zu haben waren.

Mainz, 11. Nov. Acht Gold- und Silberschieber, polnisch-galizischen Geblüts, wurden dieser Tage von der Kriminalpolizei abgefaßt, als sie mit erheblichen Summen Gold- und Silbermünzen vom Hauptbahnhof Frankfurt aus in das besetzte Gebiet abreisen wollten. Die Schieber wollen die Münzen in Berlin von unbekannten jungen Leuten gekauft haben; sie wollen auch beileibe nichts davon gewußt haben, daß das gewerbsmäßige Aufkaufen von derartigen Münzen verboten ist.

Gottesdienst-Ordnung

Katholische Kirche zu Rüdesheim.

23. Sonntag nach Pfingsten. Evangelium: Von dem Senftörnlein und dem Sauerteige. Math. 13, 31.—35.
6 Uhr Beichtstuhl. ½7 Uhr heil. Kommunion, 7 Uhr Frühmesse. ½9 Uhr Schulmesse. ½10 Uhr Hochamt. 2 Uhr nachm. Christenlehre und Andacht zum Troste der armen Seelen.
An den Wochentagen sind die hl. Messen um ½7 u. ½8 Uhr.
Montag 6 Uhr hl. Messe in der Schwesternkapelle.
Mittwoch 6 Uhr hl. Messe im St. Josephstift.
Freitag 3 Uhr nachm. in der Schwesternkapelle die Jahresversammlung des St. Elisabethenvereins mit vorhergehender Predigt und Andacht.
Samstag 4 Uhr nachm. ab Beichtstuhl und abends ½8 Uhr Salve.

Evangelische Kirche zu Rüdesheim.

Sonntag, den 14. November (24. n. Trin.)
Vorm. ½10 Uhr: Hauptgottesdienst.
Vorm. ½11 Uhr: Kindergottesdienst.
Mittwoch, den 17. November (Buß- und Bettag).
Vorm. ½10 Uhr: Hauptgottesdienst mit anschließender Vorbereitung und Feier des heil. Abendmahls.

Neues Lichtspieltheater

Saalbau Rölz, Rüdesheim.

Samstag, den 13. u. Sonntag, d. 14. November
gelangt zur Aufführung:

I.

„Junges Gemüse"

Lustspiel in 2 Akten.

II.

Abrechnung unter Komplicen

Ein Abenteurerroman in 5 Akten.
In der Hauptrolle **Louis Ralph.**

Beginn Samstag pünktlich 7.30 Uhr, am Sonntag pünktlich von 3 Uhr ab durchlaufendes Programm.

Kinder haben keinen Zutritt.

— Der Saal ist gut geheizt. —

Um freundlichen Besuch bittet

Die Direktion.

Ein kleiner

Spitzhund

schwarz, braune Pfoten, entlaufen. Wiederbringer erhält Belohnung.

Josef Schlotter
Krummstraße.

Spielkarten

empfiehlt

A. Meier.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Heute abend 7½ Uhr verschied infolge Herzlähmung im 55. Lebensjahre meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Grossmutter, Schwägerin und Tante

Frau Charlotte Rückert

geb. Napp.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Peter Jos. Rückert, nebst Kinder.

Rüdesheim, Rastatt, Idstein i. T., 11. Nov. 1920.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 14. ds. Mts., nachmittags 3 Uhr, vom Sterbehause aus statt.

Kathol. Frauenbund

(Zweigverein Rüdesheim a. Rh.)

Am Sonntag, 14. und Mittwoch, 17. November,
abends 7 Uhr pünktlich beginnend,
gelangt anlässlich des **Goldenen Priesterjubiläums** unseres hochwürdigen Herrn Stadtpfarrers Kohl
im Saale des hiesigen „Katholischen Gesellenhauses“
das biblische Schauspiel in 5 Akten

„Miriam“

zur Aufführung.

Eintritt für Mitglieder: nummerierter Platz 4.— Mk., nichtnummerierter Platz 2.— Mk.
Nichtmitglieder: num. Platz 5.— Mk., nichtnum. Platz 3 — Mk

Zahnpraxis Elly Lange

Tel. 303. **Rüdesheim.** Markt 13.

Sprechstunden von 9—4 Uhr
Sonntags auf vorherige Anmeldung.
Zahnziehen, auch schmerzlos.
Anfertigung
sämtlicher Füllungen u. Kautschukarbeiten.
— Spez.: **Moderner gaumenloser Zahnersatz.** —
Schonendste Behandlung.

Turngemeinde Rüdesheim

Am **Sonntag, den 14. November 1920,** nachmittags 3½ Uhr beginnend, findet in der Turnhalle unser diesjähriges

Schauturnen

statt, zu welchem wir unsere Mitglieder nebst Angehörigen, sowie Freunde und Gönner der Turnerei höfl. einladen.

Eintrittskarten zum Schauturnen für Mitglieder und deren Angehörigen à 1 Mk., Nichtmitglieder 2 Mk., Kinder haben nur in Begleitung Erwachsener Zutritt.

Abends von 7—10 Uhr:
Familien-Feier mit Tanz.

Der Vorstand.

Statt Karten.

Heinrich Kilian
Alice Kilian
geb. Wittmann
Vermählte

Paula Wittmann
Johannes Hirschel
Verlobte

Rüdesheim a. Rh., November 1920.

Handleiterwagen

zu billigen Tagespreisen eingetroffen, sowie **kleine Räder** mit Beschlag bei

Joh. Preußig, Rüdesheim
Wilhelmstraße.

Eine schwere Fahrkuh

in 5 Wochen kalbend, zu verkaufen bei

Anton Christ IV.
Presberg, Post Lorch a. Rh.

Die nächste

Mutterberatungsstunde

findet am **Dienstag,** den **16. ds. Mts.,** um 3 Uhr nachm., in der Volksschule, Zimmer 6, statt.

Robert Trapp
Elisabeth Trapp
geb. Stengel
Vermählte

Rüdesheim a. Rh., den 13. November 1920.

Färberei und chem. Reinigung
Karl Döring, Wiesbaden.

Fabrik: Drudenstrasse 5. — 6149 Telefon 6149.
Läden: Weissenburgstrasse 12, Schwalbacherstrasse 9.

Reinigen u. Färben sämtl. Herren- u. Damengarderoben
sowie **Teppiche, Möbelstoffe** usw.
Dekatieren und Imprägnieren (wasserdicht).

Durch genügend Benzinvorrat bin ich in der Lage, allen Anforderungen im Reinigen gerecht zu werden. Lieferzeit 8—10 Tage, Trauersachen 24 Std.

Prompte Bedienung. — Solide Preise.
Annahme für Rüdesheim und Umgegend:
Schneidermeister **Schön, Rüdesheim,** Neustrasse 12.
Für Assmannshausen:
Schneidermeister Reutershan, Assmannshausen, Göllenbachstr. 1.

Sessel, Reisekörbe,
Waschkörbe rund, oval und eckig,
Handkörbe mit und ohne Deckel,

Philipp Becker,
Korb- und Stuhlflechterei
Bingen, **Salzstraße 6.**

Küchenstreifen - Schrankpapier
Torten- und Butterbrodpapier
empfiehlt
M. Meier, Kirchstraße, Rüdesheim.